

Pressespiegel

Badische Zeitung	vom: 29.2.2012
Südkurier	vom: 29.2.2012
	vom:

Verteiler:		
AZ:	<input checked="" type="checkbox"/>	Services
Hr. Pflüger	<input type="checkbox"/>	Vertrieb
kfm. Verw.	<input type="checkbox"/>	Technik

In Sorge um Bürgerenergie

Guhl kritisiert Bundeskabinett

BAD SÄCKINGEN (akr). Eigentlich sollte es schon bald losgehen, jetzt sieht es so aus, als mache die Bundesregierung in Berlin dem Bad Säckinger Bürgermeister Alexander Guhl einen Strich durch die Rechnung. Die jüngst vom Kabinett in Berlin beschlossene Kürzung der Förderung für die Solarenergie kommt für den Bad Säckinger Stadtchef zu einem ungünstigen Zeitpunkt. Der nämlich war mit der Ausarbeitung seiner im Bürgermeisterwahlkampf im vergangenen Jahr in Aussicht gestellten Bürgerenergie schon nahezu fertig, als dem Konzept jetzt die Rechengrundlage und damit die Wirtschaftlichkeit entzogen wurde. In den Augen Guhls benachteiligen die von der Bundesregierung in Aussicht gestellten neuen Förderrichtlinien kommunale und genossenschaftliche Photovoltaikanlagen gleichermaßen. Die Hoffnung, doch noch eine durch Bürger finanzierte Photovoltaikanlage zu errichten, hat Guhl noch nicht aufgegeben. Es wäre schade, wenn das Projekt Bürgerenergie nicht an den Start gehen würde, meinte er vor dem Gemeinderat.

Bürgerprojekt in Gefahr

Die Kürzung von Fördermitteln für Solaranlagen bringt die kommunale Energiewende ins Wanken

Bad Säckingen (msb) Die von Bürgermeister Alexander Guhl angestrebte kommunale Energiewende in Bad Säckingen steht auf der Kippe. Darüber informierte er den Gemeinderat von Bad Säckingen in der Sitzung am Montag. Nachdem er in seinem Wahlkampf dieses Thema auf der Prioritätenliste weit nach oben gesetzt hatte, könnten drastische Zuschusskürzungen der

Bundesregierung, diesem Vorhaben vorzeitig den Garaus machen. Schon zum 9. März sollen die Fördermittel für Solaranlagen eingeschränkt werden, schildert Guhl: „Das kann dazu führen, dass keine neuen Anlagen gebaut werden.“ Als „besonders schädlich“ wertete er außerdem die Tatsache, dass künftig nicht mehr zwischen Groß- und Kleininvestoren unterschieden werden soll. Er kündigte an, seine Bedenken auf politischer Ebene vorzutragen, um dafür zu sorgen, dass diesem wichtigen Stück Bürgerengagement nicht der Saft abgedreht wird.